

Philologenverband: Keine Solidarität für den Einheitslehrer



Mit dem Ziel einer Gemeinschaftsschule will die GEW – neben der drastischen Nivellierung des Bildungsniveaus - nun auch die tarif- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen egalisieren und damit auch das Laufbahnprinzip durchbrechen. So fordert die GEW in einer EntschlieÙung für die bevorstehenden Eingruppierungsverhandlungen gemäß TVL, »dass es in einem zukünftigen Entgeltsystem keine Bezahlungsunterschiede zwischen Lehrkräften an Grund-, an Haupt-, Real-, Mittel-, Regel- oder sonstigen Sek-I-Schulen und an Gymnasien, beruflichen Schulen sowie Sonder-, Förder-oder vergleichbaren Schulen mehr geben darf.« Der Philologenverband hat nichts gegen eine verbesserte Bezahlung von Grundschullehrern. Sie darf aber nicht dadurch finanziert werden, dass dies auf Kosten anderer Lehrergruppen, also etwa der Gymnasiallehrer geschieht. Mehr Zuwachs für die einen, weniger oder keinen für die anderen? Mit dieser geforderten Einheitsbezahlung nach Einheitsausbildung würde man in Deutschland den universal einsetzbaren Lehrer schaffen und die Gemeinschaftsschule flächendeckend einführen können. Im Bildungskonvent Sachsen-Anhalt vertreten DIE LINKEN und die SPD eben diese bildungspolitische Option: Gemeinsames längeres Lernen bis zur Klasse 8 – dann erst bestehe die Möglichkeit, ab neuntem Schuljahrgang in das Gymnasium zu wechseln. Wulf Gallert, LINKE- Fraktionschef im Magdeburger Landtag, verkündete in der „Magdeburger Volksstimme“ vom 7. Oktober das eigentliche Ziel einer erneuten Schulstrukturumwandlung: „ Am Ende des Prozesses muss es aber eine gemeinsame Schule für alle geben“. Voraussetzungen dafür wären aber die Anpassung der Rahmenrichtlinien von Gymnasien an die der Sekundarschulen und ein Abitur, das nicht mehr die Qualitätsmerkmale aufweist, die es mit Blick auf den nationalen und internationalen Wettbewerb haben muss. Eine Gymnasialzeit von dann vielleicht nur 4 Jahren reichte mit Sicherheit aus, um viele unserer Abiturienten studierunfähig zu machen.

„Standesdünkel statt Einigkeit und Solidarität“- unter dieser Überschrift, in der alle drei Substantive an die Schlagzeilen des „Neuen Deutschland“ vor 1990 erinnern, will die GEW in ihrer Ausgabe 10/2009 wieder einmal beweisen, welch erzreaktionärer Verein der Philologenverband ist. Dieser so lamentiert ein bekannter Kommentator in seinem Beitrag, habe schon vor 10 Jahren „der GEW oder dem VBE die Solidarität verweigert“. Das Wort bedeutet ja „Zusammengehörigkeitsgefühl“ und es gibt nicht allzu viel, was uns mit einer Gewerkschaft verbindet, die das Gymnasium in der heutigen Form abschaffen will.

Solidarität bedeutet aber vor allem, dass man für gleiche Ziele gemeinsam streitet. 1994 lehnten wir „unsolidarisch“ die „Förderstufe“ ab, weil das Gymnasium im Sekundarbereich I um zwei Jahre zum Nachteil unserer Schülerinnen und Schüler verkürzt wurde. Die von uns vertretene Schulform hat die Hochschulreife und nicht die Berufsbildungsreife (wie unsere Sekundarschulen) zum Ziel. Das erfordert jeweils andere Inhalte, Didaktiken und Methoden.

1997 haben wir dann wieder konsequent „unsolidarisch“ die Interessen unserer Mitglieder vertreten und als einzige Lehrervertretung den „Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag“ abgelehnt, aus gutem Grund: Für die Lehrerschaft oberhalb der Primarstufe bestand seinerzeit keine Not, das Stundenvolumen zu senken, was sich ja in den Arbeitszeitkonten widerspiegelte, die ja die tatsächlich geleisteten Stunden am Ende nur zu einem Drittel (!)

ausglichen. Dass die GEW natürlich einen solchen Vertrag im Interesse ihres wichtigsten Klientels unterschrieb, ist verständlich. Damit zeigte sie sich mit den Sekundarschul- und Gymnasiallehrern allerdings nicht solidarisch.

Vor dem Hintergrund solcher Geschichte ist es schon beeindruckend, mit welchen Mitteln die GEW nun wieder versucht, die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer in ein Boot zu lancieren, in das sie mit gutem Gewissen nicht einsteigen können, weil sich der Nutzen für solcherart gemeinsame Aktionen für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulformen oberhalb der Primarstufe und zum Abitur führenden Bildungseinrichtungen und den berufsbildenden Schulen in engen Grenzen hält. Insofern kommt der Angriff auf den Philologenverband folgerichtig. Mit fadenscheinigen Argumenten, Phrasen, Teilwahrheiten und in der polemischen Rhetorik marxistisch-leninistischer Propagandisten wird versucht, eben jene Gymnasiallehrer zu gewinnen, deren Solidaritätsbereitschaft in der Vergangenheit oft genug strapaziert wurde.

Der Frust ist groß auf diejenigen, die sich nicht mit den Einheits-Gewerkschaftsrichtlinien einverstanden erklären: *„Es zeugt schon von einem gewissen Maß von(sic) Überheblichkeit, wenn die Philologenverbandsführung verkündet, Gymnasiallehrer hätten mehr Unterrichtsvorbereitung, längere Korrekturzeiten und mehr Fortbildung zu leisten als die Lehrer anderer Schulformen, ohne je selber einmal in einer anderen Schulform unterrichtet zu haben.“* Davon abgesehen, dass viele unserer Kolleginnen und Kollegen dank der GEW in der Zeit der „Förderstufe“ diese Gelegenheit hatten, in anderen Schulformen zu wirken, zeugen seine Vorwürfe natürlich von völliger Unkenntnis unserer Arbeit an den Gymnasien.

Allein ein einziger Deutschaufsatz, eine einzige Mathematik Klausur in der gymnasialen Oberstufe kostet mindestens eine Zeitstunde Korrektur. Und das ist nur die Spitze des Eisberges. Inhaltlich und von den pädagogischen Anforderungen her kann die Tätigkeit an einem Gymnasium oder einer Sekundarschule jedenfalls nicht mit der Arbeit an Grundschulen gleich gesetzt werden. Die gegenteilige Behauptung erweist sich in der Praxis fern jeder Realität.

Natürlich leisten die Kolleginnen und Kollegen an allen Schulformen harte Arbeit, aber dennoch sind Lehrer nicht einfach Lehrer, genauso wenig wie Ärzte eben Ärzte sind. Ein Herzchirurg hat ganz andere Aufgaben als ein Allgemeinmediziner, was deshalb keinen Anlass zur Geringschätzung eines der Berufssparten gibt. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien haben andere, meist zeitintensivere Aufgaben zu erfüllen als Grundschullehrkräfte: Man denke nur an die wesentlich längeren Vorbereitungen, die Kontrollen von Klassenarbeiten und Klausuren und die intensive fachwissenschaftliche Fortbildung, von der großen Verantwortung und dem Aufwand für das Abitur ganz zu schweigen. Es kann doch nicht im Ernst gefordert werden, dass sich Studenten, die sich für das Lehramt Grundschule einschreiben, die gleichen universitären Studiengänge absolvieren sollen wie die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen der weiterführenden Schulen.

Das verbietet schon allein das Anspruchsprofil der späteren unterschiedlichen Berufsausübung. Auf diese Idee kommen die GEW-Funktionäre gar nicht, „dass vielleicht auch die Ausbildungsqualifikation, also etwa die Tatsache eines Vollstudiums, als Orientierung für die Gehaltshöhe sinnvoll sein könnte. Für den Erzieherinnenberuf reicht beispielsweise in vielen Bundesländern derzeit noch der Hauptschulabschluss. Gymnasiallehrer verdienen nicht deshalb bei der Eingruppierung übrigens genau eine Gehaltsstufe mehr als Grundschullehrer, weil ihr Beruf mehr wert ist, sondern darum, weil sie

in der Regel ein längeres Studium, zwei vertieft studierte Fächer und ein sehr anspruchsvolles 1. und 2. Staatsexamen ablegen. Deshalb sind auch die Abiturnoten von Lehramtsstudenten, die sich ein solches Gymnasialstudium zutrauen, empirisch belegt deutlich besser und die Abbruch- bzw. Wechselquoten erheblich größer als in einigen anderen Lehrämtern und Studiengängen.

Nach allen einschlägigen Arbeitszeituntersuchungen ist zudem die Belastung von Lehrern an Gymnasien, Gesamtschuloberstufen und Berufsschulen durchschnittlich höher. Niemand käme übrigens auf die Idee, eine Gleichbezahlung aller medizinischen Berufe zu fordern. ...

Ist der Maurerberuf gesellschaftlich weniger wert als der Beruf des Bauzeichners oder des Architekten? Ist eine Krankenschwester gesellschaftlich genauso wichtig und wertvoll wie ein Arzt? Sind nicht vielleicht sogar fast alle Berufe gesellschaftlich gleichwertig, weil es sie ja nicht geben würde, wenn sie gesellschaftlich nicht erforderlich wären? Das hieße aber letztendlich: Gleiches Gehalt für alle! Jede Neiddebatte hätte ein Ende! Der Kommunismus hätte doch noch gesiegt!“ (Bundesvorsitzender des DPhV, Heinz-Peter Meidinger)

Wer sich gegen Gleichmacherei ausspricht, wird von den GEW-Funktionären in Form von versteinerten Phrasen (erinnernd an die Rhetorik der ideologischen Auseinandersetzung im Kalten Krieg), zurecht gewiesen: *„Die unbegründete und unproduktive Spaltung der Lehrerschaft in den verschiedenen Schulformen hinsichtlich ihrer Ausbildung und Bezahlung muss endlich beendet werden. Das sind Zöpfe aus Kaiserzeiten, die wir immer noch mit uns herumschleppen.“* In diesem Satz kommt auch der Widerwille der Einheitsgewerkschaft gegen alles Konservative – im Verb „herumschleppen“ vor allem - zum Ausdruck und es bleibt zu fragen, was ein Gymnasium der Kaiserzeit, das höchstens 2 % eines Jahrganges besuchten, mit der modernen Schulform von heute zu tun hat, in der weit über 30 % eines Jahrgangs lernen. „Alte Zöpfe“ wurden immer schon abgeschnitten, wenn es um Klassenkampf ging: In der Kampagne zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ in der DDR nach 1950, während der nicht freiwilligen „Kollektivierung der Landwirtschaft“ oder in der „Enteignung der mittleren und Kleinbetriebe“ in den fünfziger Jahren. Diese apodiktische Sprache entfaltet ihre Wirkung auch bei denen, die diese Vokabeln unbewusst oder gleichgültig aufnehmen. „Sie ist mächtig wie armselig und gerade durch ihre Armut allmächtig“ (V. Klemperer). Klischees erlangen eine erstaunliche Macht über Menschen.

Wenn sich einige Funktionäre der GEW einer solchen bewusst bedienen, halten sie entweder ihre Mitglieder für „dringend anleitungsbedürftig“ (W. Ulbricht) oder sich als selbstgefällige Propagandisten für unfehlbar. Auf jeden Fall dient eine solche Rhetorik der drohenden Beschwörung: Wehe dem, der sich der gewerkschaftlichen Linie entzieht, der wird zum Außenseiter, zu dem die wenigsten gestempelt werden wollen. Deshalb wird auch immer wieder der allegorische Plural bemüht. Solche Phrasen wie *„Schulterschluss suchen“*, *„Wir brauchen keine Spalter in der Lehrerschaft“*, *„Dagegen müssen wir uns geschlossen und machtvoll zur Wehr setzen“*. Das schafft ein Feindbild und zwingt die Schwankenden in die Einheitsfront gegen die Separatisten. Man demonstriert dabei natürlich vorwärtsgerichtete Entschlossenheit: *„Es ist das Denken in den Kategorien von Oben und Unten, das beim Philologenverband offensichtlich reflexartig einsetzt, wenn alte Privilegien von neuen Entwicklungen überholt werden. Uns ist ein solches hierarchisches Denken fremd und es passt in keiner Weise mehr in die heutige Zeit.“* Welche neuen Entwicklungen sind gemeint? Die bloße Idee von der Gemeinschaftsschule, die n o c h nicht umgesetzt wird? Oder die gleiche Bezahlung für alle, die es in einer hierarchischen (also in Stufen gegliederten) Gesellschaft niemals geben wird? Die GEW- Führung besteht aus Visionären,

denen der Sinn für Realität nicht selten abgeht. Wer den Dogmen offen widerspricht, dem wird gedroht: „*Wer, wie der Philologenverband in Sachsen-Anhalt, die Zeichen der Zeit nicht erkennt, hat am Verhandlungstisch keinen Platz.*“

Diese Art Wendungen der Sprache bilden in ihrer Gemeinsamkeit eine Decke, die der Kreativität des Lesers oder Hörers übergeworfen wird und ihn so in die Sphäre kritiklosen Glaubens hinüberziehen will. So kommt es zu „Desinformationskaskaden“ (Neumann), man nimmt Behauptungen auf, lässt sie unbesehen passieren und verbreitet sie vielleicht gutgläubig weiter. Diese Art von Gewerkschaftspolitik überlässt nichts dem individuellen Denken, sie praktiziert das hierarchische System in ausgeprägter Form, das eigentlich verbal verabscheut wird.

Mit ihrer unrealistischen Forderung nach EG 14 „würde sich für alle Lehrkräfte, auch für die an den Gymnasien, die Eingruppierung **deutlich** verbessern.“ Prüft man diese Behauptung nach, kommt man zu einem anderen Schluss. Davon abgesehen, dass die Forderung nach EG 14 für alle illusorisch ist, bedeutete sie, dass für die Grundschullehrer zwischen 21 und über 50 % mehr Geld gefordert wird, für Gymnasial – und Berufsschullehrer aber nur 7 %. Lässt man diese Relationen außer Acht, hat die GEW natürlich Recht, wenn einer ihrer Agitatoren seinen Kommentar mit der frohen Botschaft überschreibt: „*Es soll niemand schlechter gestellt werden*“ und „*die anderen Lehrer (sollen) an das Vergütungsniveau der Gymnasiallehrer*“ herangeführt werden.

Wessen Interessen die GEW vertritt, ist allgemein bekannt, aber für diejenigen, die das noch immer nicht wahrhaben wollen, sollten den Abschnitt „*Missachtung der Leistungen anderer*“ genau lesen. Da lässt man die Katze endlich aus dem Sack: Die Lehrkräfte der Primarstufe müssten eigentlich am besten bezahlt werden, weil sie die Grundlagen legen: „*Alle Anderen in den weiterführenden Schulen haben dann ein viel leichteres Arbeiten. Also müssten die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas(sic) endlich wie Lehrkräfte bezahlt werden und die Grundschullehrer das höchste Gehalt bekommen.*“ Welch ein Unsinn aus entwicklungs- und lernpsychologischer Sicht! Die Lehrerinnen und Lehrer, die in Hauptschulklassen unterrichten, sollten wegen der Schwere ihrer Arbeit „*am höchsten bezahlt werden*“.

Das ist schon besser. Aber wer soll das bezahlen und woher kommt die Motivation sich dann noch dem schweren Lehramtsstudium für Gymnasien zu unterziehen? Für eine Gruppe sollte sich die GEW dann doch in ihren offiziellen Verlautbarungen schon entscheiden. Folgt man dennoch dieser verblüffenden Logik, müssen die Lehrerinnen und Lehrer in Realschulbildungsgängen, an berufsbildenden Schulen, Gymnasien und Universitäten auf jeden Fall weniger bekommen, weil sie ja nicht mehr allzu viel zu tun haben. Unsere „*ureigenen Interessen*“ sind das jedenfalls nicht.

Dr. phil. Jürgen Mannke

Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt